

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

### Bedingungslose Räumung Skutaris. Die beste Lösung der Krisis.

Budapest, 5. Mai. Während der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses trat um 11 Uhr der Ministerrat zusammen, worin der Ministerpräsident Lufacs den Vorsitz führte und an dem alle Minister teilnahmen. Nach dem Ministerrat, der 1 1/2 Stunden dauerte, erließen der Ministerpräsident im Hause und erariff das Wort zu folgender Mitteilung:

Geehrtes Abgeordnetenhaus! Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß am heutigen Tage eine dringende Interpellation betreffend die auswärtige Lage an mich gerichtet werden wird. Wir hatten bisher der Tagesordnung der heutigen Sitzung gemäß keine Gelegenheit, diese Interpellation anzuhören. Inzwischen hat aber die Regierung eine Mitteilung von außerordentlicher Wichtigkeit erhalten, weshalb ich mich für verpflichtet halte, ohne die erwähnte Interpellation abzuwarten, jetzt dem geehrten Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu bringen, daß nach der erwähnten Mitteilung unseres Gesandten in Cetinje der König von Montenegro beschlossen hat, die Großmächte von der bedingungslosen Räumung Skutaris zu verständigen. Der Ministerpräsident schloß: Ich brauche nicht zu sagen, daß dieses erfreuliche Resultat dem entschlossenen Schritte zuzuschreiben ist, welchen die Monarchie in dieser Frage getan hat. (Lebhafte Beifall, Ehrenrufe, stürmische Ausrufe: Es lebe der König!) Ich habe die Ehre, gleichzeitig die Mitteilung zu machen, daß die Monarchie mit derselben Entschlossenheit, die sie bisher befehligt, fordert wird, daß die in Aussicht gestellte Räumung nunmehr unverzüglich auch tatsächlich erfolgt. (Langanhaltender Beifall, Ehrenrufe.)

London, 5. Mai. Das Kauterische Bureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der König von Montenegro sich entschloß, Skutaris zu räumen. Die montenegrinische Regierung teilte der englischen amtlich mit, da Montenegro Würde es nicht erlaube, vor einer bereinigten Räumung zurückzweichen, so lege es das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte.

London, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Premierminister Asquith die Erklärung des Königs von Montenegro betreffend die Räumung Skutaris mit und sagte: Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht, und es ist eine Entscheidung, zu der der König von Montenegro zu beglückwünschen ist, sowohl im Interesse seines Landes wie des internationalen Friedens.

Nachdem Premierminister Asquith die kurze Erklärung über die Skutarifrage abgegeben hatte, fragte Timothy Healy, ob Montenegro eine Kompensation erhalten würde, bekam aber keine Antwort.

Cetinje, 5. Mai. Aus amtlich montenegrinischer Quelle wird gemeldet: Die Arie bezüglich der Räumung Skutaris in dem von den Großmächten gewünschten Sinne ist gelöst. Da Montenegro sich einer großen PreSSION gegenüberbeugte und keine Nachsicht sah, daß es ihm durch verlängerten Widerstand gelingen konnte, aus dieser Arie siegreich hervorzugehen, hat es gestern den Mächten nachgegeben und erklärt, das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte zu legen. Der König entschloß sich im letzten Momente zu diesem schweren Schritte. Der König ist tief davon überzeugt, hierdurch seinem Lande und Völkern gegenüber ein großes Opfer für den allgemeinen Frieden zu bringen, ein Opfer, welches einmütig von allen Seiten, sogar unter Androhung des Verlustes der Unabhängigkeit Montenegros von ihm verlangt wurde. Bei dem Entschluß ließ sich der König auch durch Rücksichten auf die Verbündeten leiten, indem er befürchtete, daß, wenn er bei dem Widerstand beharrte, er ihre mit jebol Opfer erkauften Siege gefährden könnte. In der verangenehten Nacht fand der König durch Vermittlung des englischen Gesandten an Staatssekretär Grey eine Depesche, welche in Kürze folgendes besagt:

Meine Regierung legte in ihrer Note vom 30. April die Gründe ihres Verhaltens in der Skutarifrage dar. Dieses Verhalten war durch die unerschütterlichen Grundzüge der Gerechtigkeit geleitet. Noch einmal verleihe ich mit meinem Volke meine durch die Geschichte und durch die Eroberung geheiligten Rechte. Meine Würde und die Würde meines Volkes gestatten mir nicht, hohleren Aktionen nachzugeben. Deshalb lege ich das Schicksal Skutaris in die Hände Europas.

### Die Auffassung in Oesterreich.

Wien, 5. Mai. Die Meldung aus Cetinje, daß König Nikolaus beschlossen hat, Skutaris zu räumen, entspricht den an hiesiger zuständiger Stelle vorliegenden Informationen, doch ist die darauf bezugnehmende offizielle Mitteilung der montenegrinischen Regierung hier noch nicht erfolgt. Man erwartet, daß der Vertreter Montenegros heute der Vorkonferenzvereinigung in London eine offizielle Erklärung abgibt. Der hiesige Standpunkt ist dahin gekennzeichnet, daß selbstverständlich nur die bedingungslose Räumung Skutaris auf die Entschleunigung Europas haben könne, und daß die Räumung tatsächlich unverzüglich ins Werk gesetzt werden müsse, andernfalls von Oesterreich-Ungarn Sorge getragen werde, daß es nicht bei der Ankündigung bleibt. Was Albanien anbetrifft, so erklärt man hier, daß das Interesse Oesterreichs und Italiens fortbesteht, das zur Verhinderung der Ordnung in diesem Lande bestehende Programm von den beiden Mächten durchzuführen. Man weist dabei darauf hin, daß zwar die Meldungen über das Vorgehen Effend Paichas in Albanien ausschließlich aus montenegrinischen und griechischen, also interessierten Quellen stammen, deren Bestätigung abzuwarten sei, die aber jedenfalls das Bestreben der Nachbarn Albanien beweisen, dieses zu einem Intriquenherd zu machen.

Wien, 5. Mai. Der Vorstand des Deutsch-Nationalen Vereines hielt heute in Anwesenheit des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Silberstein eine Sitzung ab, in der die allgemeine Unzufriedenheit über das Singziehen der auswärtigen

Krisis ausgesprochen wurde. Es wurde betont, daß diese das Ansehen der Monarchie schädige und der Bevölkerung unerschwingliche Lasten auferlege und daher mit allen Mitteln auf eine möglichst schnelle Lösung der Krisis hinzuwirken sei, damit die dringenden parlamentarischen Arbeiten erledigt werden könnten. Unter den obwaltenden politischen Verhältnissen sei aber an ein erfolgreiches parlamentarisches Wirken nicht zu denken.

### Die Vorkonferenzkonferenz ist befriedigt.

London, 5. Mai. Die Vorkonferenzvereinigung ist um 3 1/2 Uhr Nachmittags zusammengetreten. Sie vertagte sich um 5 1/2 Uhr auf Donnerstag. Das Bureau Reuters empfing nach der Sitzung vom Auswärtigen Amt folgende Mitteilung: Die Tatsache, daß der König von Montenegro das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte gelegt hat, gereicht den Regierungen der Mächte zur großen Befriedigung. Die Mächte werden jetzt erwägen, welche Abmachungen für die Zukunft hinsichtlich der Stadt getroffen werden sollen.

Sofia, 5. Mai. Das Blatt „Mir“ schreibt: Unterhalb Monate vergangen seit dem ersten Schritte der mit der Mediation zwischen den kriegführenden Teilen betrauten Mächte, ohne daß der Friede abgeschlossen wurde. Diese unentschuldbare Langsamkeit könnte unglückselige Rückschlüsse auf den von Europa so sehr gewünschten Frieden zur Folge haben, sei es durch noch immer mögliche Zusammenstöße zwischen den beiden feindlichen Armeen, sei es durch andere Kombinationen auf dem vulkanischen Balkanraum. Aber abgesehen von diesen Möglichkeiten muß auch den bedeutenden Kosten für die Unterhaltung der Truppen Rechnung getragen werden. — Die Zeitung „Bulgaria“ dementiert formell die Mitteilung, daß die Verwaltung der bulgarischen Eisenbahnen der serbischen Regierung die Rechnung über die Kosten der serbischen Truppen- und Munitionstransporte in Bulgarien präsentiere und daß die serbische Regierung die Rechnung bezahlen habe. Die Zeitung erklärt, daß die serbische Regierung bisher keine Zahlung an die bulgarischen Eisenbahnen leistete.

Konstantinopel, 5. Mai. Die armenische Nationalversammlung nahm die Demission der beiden Räte des Patriarchates nicht an. Sie beschloß, auf ein Einvernehmen mit der Regierung hinzuwirken. Wie verlautet, wird der Austausch der türkischen und bulgarischen Aircasacangenen demnächst beginnen. — „Tasvir-i Etilar“ erzählt, Griechenland stimmte dem Transport der Armee Dschavid Paschas nach Anatolien zu.

Belgrad, 5. Mai. Der Umstand, daß die Opposition gegen die Budgetvorlage gestimmt hat, veranlaßte die den Oppositionsparteien angehörigen Vizepräsidenten der Skupstina, ihre Würde niederzulegen. Die Skupstina wählte den altradičalen Stefovic zum ersten und den altradičalen Bracinae zum zweiten Vizepräsidenten.

Frankfurt a. M., 5. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die Banca Commerciale Italiana in Mailand ließ dem türkischen Tresor 400000 Pfund gegen Schatzscheine vor.

## Deutsches Reich.

### Eine Besoldungsreform für Postbeamte.

Die Novelle zum Reichsbesoldungsgesetz, durch die für einige Klassen von Postbeamten vom 1. Oktober d. Js. ab Gehaltsaufbesserungen geschaffen werden, wird, nach der „Post“, im Reichschatzamt fertiggestellt und geht nach Rington dem Bundesrat und nach im Laufe des Mai dem Reichstage zu.

Nach dieser Novelle sollen alle Postassistenten mit mehr als 21 Jahren Dienstzeit eine Zulage von 300 Mark erhalten, so daß das Endgehalt 3600 Mark betragen wird. Für die Postassistenten u. s. w., die mehr als 21 Jahre angestellt sind, wird eine Zulage von 100 Mark gewährt. Die Besoldungsordnung schließt auch eine Verringerung der Defizitgröße der Marine und der mittleren und unteren Beamten der Reichseisenbahn vor. Zurzeit wird es ferner erwogen, ob auch für die preussischen Eisenbahnen durch die Novelle zum Reichsbesoldungsgesetz Abänderungen eintreten werden, weil der Grundgedanke besteht, tunlichst bei der Besoldungsordnung im Reiche und in Preußen übereinstimmend zu verfahren.

### Zum Anschlag auf den Großherzog von Baden.

Karlsruhe, 5. Mai. Amtlich wird jetzt erklärt, daß es sich bei dem Tapesierer Jung, der gestern, wie gemeldet, in Mannheim auf das Trittbrett des Wagens des Großherzogs sprang, um einen geistig minderwertigen Menschen handelt. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß Jung im Oktober vorigen Jahres vom Mannheimer Bezirksamt auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Vor dem Vorfall hatte Jung zehn Glas Bier getrunken. Danach dürfte auch seiner Behauptung, daß er auf den Vorgang bezügliche Briefe von Berlin erhalten habe, keine große Bedeutung beizumessen sein. Jedemfalls ergab die Untersuchung in der Jung'schen Wohnung keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung.

### Der Zutrittsbesuch des bayerischen Prinzregenten in Baden.

Karlsruhe, 5. Mai. Der Prinzregent von Bayern und Gemahlin trafen heute 4 30 Uhr mit Sonderzug hier ein. Nach herzlicher Begrüßung durch den Großherzog und die Großherzogin führten die Fürstlichkeiten durch die festlich geschmückten Straßen, von einer überaus zahlreichen Menschenmenge lebhaft begrüßt, zum Residenzschloß. Am Schloßportal empfing Großherzogin Luise die Gäste.

### Ein neuer Spionagefall.

Strasburg, 5. Mai. Auf dem Strasburger Bahnhof wurde am Montag, wie das „N. Z.“ meldet, ein Mann verhaftet, der unter dem Verdacht des Landesverrats steht. Es ist ein Mechaniker namens Leo Grun, der gerade den Zug nach Belfort bestiegen wollte, als er festgenommen wurde. Bei ihm wurden militärische Schriften gefunden, die beweisen, daß er Beziehungen zu dem unter der Leitung des Kapitäns Müller stehenden Spionagebureau in Belfort unterhält. Es war ihm gelungen, mit zwei Komplizen

von einem Auto aus den Hiltener Klog von mehreren Seiten zu photographieren. Diese Photographien wurden beschlagnahmt. Seine beiden Komplizen sind auch bereits verhaftet.

### Abg. Lückhoff 7.

Der freisonerparade Landtagsabgeordnete Lückhoff ist auf seinem Landhofs Roppichs in Niederhiesheim im Alter von 75 Jahren gestorben.

Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, beabsichtigt der Kronprinz in diesem Jahre eine Reise nach Deutsch-Ostafrika zu unternehmen. Bekanntlich war von dem Besuch der deutschen Kolonien durch den Kronprinzen schon im Anschluß an seine Indienreise die Rede, doch mußte damals der Plan wegen der Kürze der verfügbaren Zeit aufgegeben werden.)

## Die Elektrifizierung der Berliner Bahnen vom Herrenhaus bewilligt.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)

So. Berlin, 5. Mai.

Die Hoffnungen mehrten sich, daß die Reichshauptstadt nun demnächst ihren langersehnten elektrischen Betrieb erhalten wird, denn das Herrenhaus hat heute nach ausgiebiger Erörterung dem Beschluß der zweiten Kammer ihr Placet gegeben, zu den Vorarbeiten der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen 25 Millionen zu bewilligen. Es herrschte im Hause für die Vorlage eine weitläufigere Stimmung als es in der Prinz Albrechtstraße der Fall gewesen war. Außerdem gab sich Herr v. Breitenbach alle Mühe, den Entwurf, bzw. die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses der ersten Kammer so schmackhaft wie möglich zu machen und nochmals alle die Einwendungen zurückzuweisen, die im Parlament und sonst wo dagegen erhoben worden sind. Insbesondere betonte er, daß eine Vereinfachung der militärischen Interessen in keiner Weise in Frage kommen könne. Eine etwas eigenartige annahmende Ansicht sprach Graf Behr-Wehrendorff aus, der sich darüber beschwerte, daß das Abgeordnetenhaus sich so viel mit technischen Einzelheiten befaßt habe; daß das Parlament, das nur die Kontrolle des Staatshaushalts habe, gewissermaßen gar nichts an, sondern sei lediglich Sache der Staatsregierung. Aber auch er stimmte der Vorlage zu, wenn er sich auch nicht enthalten konnte, einige Befürchtungen zu hegen, daß im Falle eines Ausstandes in Berlin die Bahn der Gegenwart von Sabotageakten sein könnte. Was das mit der Elektrifizierung der Stadtbahn zu tun hat, war nicht recht einzusehen. Oberbürgermeister Wermuth vertrat mit aller Wärme und, wo es sein mußte, auch manchmal mit einem etwas scharfen Wort die Interessen der Reichshauptstadt. Er wies in erster Linie auf die hohen Lasten hin, die Berlin zu tragen habe und denen gegenüber Berlin von der Regierung immer noch nicht genügend berücksichtigt sei. Diese Vorlage entspreche gerade noch dem Bedürfnis der Reichshauptstadt. Mit großer Mehrheit nahm man die Abgeordnetenhausfassung an. Zu einer längeren Debatte kam es bei den Beratungen der Verbesserung der Oberwasserstraße unterhalb Breslaus. Der frühere Oberpräsident der Provinz Schellen, Graf v. Zedlitz-Trützschler sagte, daß er zwar mancherlei Bedenken gegen die Vorlage zu äußern hätte; trotzdem wolle er ihr nicht noch unnötig Steine in den Weg legen und läßt von Abänderungsanträgen ab. Die Vorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen und der Rest der Tagesordnung in rascher Folge erledigt. Wider Erwarten hatte das Haus damit auch sein ihm gestelltes Pensum erledigt und konnte schon heute in die Pflingttierren gehen. Ob es in dieser Legislaturperiode noch einmal zusammentreten wird, ist zweifelhaft.

### Sitzungsbericht vom Herrenhaus.

Präsident v. Wedel-Riesdorf eröffnete die Sitzung um 1 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Gegenentwurf betreffend

### Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen.

Die Kommission beantragte Annahme der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses, ferner Annahme der Resolution des Abgeordnetenhauses, worin der Regierung aufgegeben wird, den Nachweis zu führen, daß der elektrische Betrieb auch auf den nicht von den Stadtbahnen abzufahren Vorortstrecken wirtschaftlich sei, sowie Annahme der Resolution des Abgeordnetenhauses, worin die Regierung ermächtigt wird, bei den in Aussicht genommenen Parierbahnen auf Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals Bedacht zu nehmen.

Minister v. Breitenbach: Der Entschluß der Regierung, den elektrischen Betrieb auf diesen Strecken einzuführen, rief einen lebhaften Streit der Meinungen hervor. Die Elektrifizierung der hier in Frage kommenden Strecken hat mit der Elektrifizierung der preussischen Staatsbahnen nichts gemein. Der Eisenbahnminister wird selbstverständlich nicht auf die Elektrifizierung des Staatsbahnnetzes hindrängen, wenn die Interessen der Landesverteidigung dem entgegensteht. Ich erklärte bereits wiederholt, daß wir die Verantwortung für den ordnungsmäßigen Betrieb nicht mehr übernehmen können, wenn nicht alsbald eine Verringerung des Betriebes eintritt. Durch die Elektrifizierung wird die Betriebsleistung um hundert Prozent gesteigert. Ferner und damit die Vorzüge von Reich- und Staubsfreiheit verbunden. In allen Großstädten ging man bei der Verringerung des Betriebes zur Elektrifizierung über. Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Graf Behr-Wehrendorff: Die Zustände auf den Berliner Bahnen sind so unerbärlig, daß die Verbesserung des Betriebes notwendig ist. Die Stadt Berlin darf zu den Kosten nicht herangezogen werden. Die Lasten können vielleicht noch ein wenig mehr erhöht werden, als die Regierung beabsichtigt.

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: In den Verhandlungen über die Vorlage ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob Berlin durch die Elektrifizierung bevorzugt wird. Hierbei muß man vor allem berücksichtigen, daß Berlin zur Staatsverpflichtung ein volles Viertel des Gesamtbetrages beisteuert. Fast daselbe gilt auch von der Gewerbesteuer. Man kann auch bei der Vorlage nicht auf von Berliner Lokalverehr im engeren Sinne sprechen, wo es sich um eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Hauptstadt und Nendensstadt handelt, welche jährlich zwei Millionen Fremde beherbergt und in lebhaftem Wechselbeziehungen zu allen Teilen des Landes steht.

Minister v. Breitenbach: Es besteht zweifellos die Gefahr, daß der elektrische Betrieb der Sabotage leichter unterliegt, als der Dampftrieb. Die Gefahr ist aber nicht sehr groß, weil in Berlin immer Dampflokomotiven zum Ersatz vorhanden sind.